

# Kommunalwahl 27. März 2011

Grundsätze und Forderungen  
der DKP / Linke Liste Mörfelden-Walldorf

**ENTWURF**

**Gegen Privatisierung öffentlichen Eigentums**

**Soziales erhalten und ausbauen**

**Mehr Geld den Kommunen**

**Ausbildungsplätze schaffen**

**Für Nachtflugverbot kämpfen  
Gegen einen weiteren Ausbau  
des Flughafens**

**Unser Grundsatz:  
Gesundheit ist keine Ware**

**Entschieden für den Schutz  
unserer Umwelt eintreten**

**Kommunale Eigenständigkeit  
bewahren**

**Für attraktive Nahverkehrssysteme**

**Alles tun für sichere Radwege**

**Für eine fortschrittliche  
Frauenpolitik**

**Bessere Chancen für alle Kinder**

**Keine Bundeswehrwerbung  
in der „Bertha“**

**Vereine werden immer wichtiger**

**Das städtische Kulturangebot  
verbessern**

**Mehr für ältere Mitbürger tun**

**Das neue Jugendzentrum  
unterstützen**

**Alles tun für ein  
„Gläsernes Rathaus“**

**Wohnen ist ein Grundrecht**

**Müll ist Wertstoff -  
entsprechend handeln**

**Gemeinsam gegen Rechts**

**Friedenspolitik von unten**

**Integration bleibt wichtig**

**Linke Politik bleibt notwendig**

# Grundsätze und Forderungen

## Gegen Privatisierung öffentlichen Eigentums

Die meisten Parteien sehen heute in der Privatisierung öffentlichen Eigentums ein Allheilmittel. Privatisierung macht aber meistens die Leistungen für die Bevölkerung schlechter oder teurer. Oder die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung für die Beschäftigten werden schlechter.

Die Versorgung der Menschen mit Wasser und Strom, die Müll- und Abwasserentsorgung, der öffentliche Personenverkehr, Post und Telekommunikation, kulturelle Leistungen, Gesundheitsdienste, Angebote zur sportlichen Selbstbetätigung und das Bildungswesen sind Leistungen, die im Interesse des Gemeinwohls sicherzustellen sind. Leistungen der Daseinsvorsorge und öffentliche Dienste von allgemeinem Interesse dürfen nicht der privaten Konkurrenz unterworfen werden. Vor allem Bildung, Kultur und Gesundheit dürfen nicht zu Waren degradiert werden. Diesem neoliberalen Zeitgeist mit der Forderung nach Privatisierung stellen wir uns entgegen.

Öffentliche Einrichtungen wie Büchereien, Badeanstalten, Sporthallen und -anlagen, Bürgerhaus, Stadthalle oder die Heimatmuseen bieten Menschen jeden Alters preisgünstige Möglichkeiten der aktiven Lebensgestaltung. Sie sind soziale Errungenschaften und dienen der Daseinsvorsorge. Wir wollen, dass das so bleibt. Dienstleistungsbereiche, wie z.B. der Bauhof, sind zu erhalten. Ebenso die eigenständige Wasserver- und Entsorgung. Der öffentliche Dienst muss auch in Zukunft Arbeitsplätze zu menschenwürdigen Bedingungen bieten und verhindern, dass alle Lebensbereiche dem Markt ausgeliefert werden. Parlamentarische und öffentliche Kontrolle kann sichern, dass Demokratie nicht am Werkstor endet. Das ist ein wichtiges Signal für die Kolleginnen und Kollegen in allen Betrieben und stärkt die Gewerkschaften und betrieblichen Interessenvertretungen.

Bürgerinnen und Bürger sind nicht Kunden, sondern Miteigentümer der Stadt. In ihrem Interesse darf öffentliches Eigentum nicht verschleudert werden.

Wir wenden uns deshalb gegen jegliche offene oder verdeckte Privatisierung öffentlichen Eigentums. Privatisierung ist Enteignung öffentlichen Eigentums. Dem setzen wir unseren Widerstand entgegen.

Wir werden keinem einzigen kommunalen Projekt, das für die Lebensbedürfnisse der Menschen sinnvoll und notwendig ist, nur deshalb die Unterstützung versagen, weil (angeblich) die finanziellen Mittel fehlen.

## Soziales erhalten und ausbauen

Die Kommunen sind immer weniger in der Lage, ihre Aufgaben zu erfüllen. In der Presse war im Herbst 2010 zu lesen: „Staat macht groß Kasse“, „In Deutschland regnet es Geld, und den Gemeinden fehlt es an allen Ecken“.

In einer Erklärung von Ver.di heißt es: *Vielen Städten und Gemeinden in Deutschland fehlt längst das Geld für die notwendigsten Investitionen: Spielplätze und Sportstätten verrotten, Straßen werden zu Schlaglochpisten, in den Schulen bröckelt der Putz. Öffentliche Bäder, Jugendzentren und Theater müssen schließen, weil ihr Betrieb nicht mehr finanziert werden kann. Die Gebühren für Straßenreinigung, Kindertagesstätte oder die Bücherei steigen – und das trifft vor allem all jene Menschen hart, die ohnehin wenig haben. Verursacht ist die finanzielle Zwangslage der Städte und Gemeinden durch eine gezielte Steuerpolitik.*

*Die Abschaffung der Vermögenssteuer, die wiederholte Senkung der Einkommenssteuer, die Verminderung der Körperschaftssteuer und andere Eingriffe haben die Einnahmen der Städte und Gemeinden drastisch einbrechen lassen. Und eine Umkehr dieser Politik ist nicht in Sicht: Erst Anfang dieses Jahres hat die schwarz-gelbe Bundesregierung mit Steuersenkungen im Zuge des so genannten Wachstumsbeschleunigungsgesetzes für neuerliche Einnahmeverluste der Städte und Gemeinden gesorgt. Mit der Wirtschafts- und Finanzkrise nimmt die finanzielle Notlage der Kommunen noch weiter zu. Ebenfalls infolge der Krise sinken auch die Einnahmen aus der Einkommenssteuer. Zugleich aber steigen die Sozialausgaben, etwa für die Wohnkosten von Langzeitarbeitslosen. Im Jahr 2009 fehlten den Städten und Gemeinden rund sieben Milliarden, für 2010 befürchtet der Städte- und Gemeindebund sogar ein Defizit von 15 Milliarden. In dieser Situation erwägt die schwarz-gelbe Bundesregierung die Abschaffung der Gewerbesteuer, der mit Abstand wichtigsten Gemeindesteuer, die von den ortsansässigen Unternehmen an die Kommunen gezahlt wird.*

*Mit der Abschaffung der Gewerbesteuer würden die Unternehmen abermals entlastet und im Gegenzug die Städte und Gemeinden und ihre Bürgerinnen und Bürger noch stärker belastet.*

Armut macht keinen Bogen um unserer Stadt. In Mörfelden-Walldorf hat der Haushalt 14,6 Millionen Euro Defizit.

Sozialpolitik wird an Bedeutung zunehmen. Sozialer Wohnungsbau und -vermittlung, Vereins- und Organisationsunterstützung sind ein wichtiges Aktionsfeld für kommunale Politik.

Soziale Politik im kommunalen Geschehen stand und steht für uns im Mittelpunkt. Bei allen Parlamentsentscheidungen werden wir darauf achten, dass die Interessen der „kleinen Leute“ berücksichtigt werden.

Wir wenden uns gegen Lohndrückerei und Stellenabbau mit Hilfe von Zeitarbeit und Unterbezahlung.

Wir kämpfen für die Beibehaltung erreichter sozialer Standards.

Wir lehnen Gebührenerhöhungen für Kitas, Schwimmbad/Badesee etc. ab.

Gebühren für Kindergärten und Horte sind schrittweise hin zum Nulltarif zu entwickeln.

Da viele Bürger/innen, die sich in einer sozialen Notlage befinden, aus Unwissen oft keine Unterstützung in Anspruch nehmen, fordern wir, dass die Kommunen nicht nur die Bedürftigen, sondern alle Bürger/innen umfassend über ihre Rechte auf Sozialleistungen (Sozialhilfe, ALG II, Wohngeld, Altersgrundsicherung usw.) informieren.

## **Mehr Geld den Kommunen**

Unsere Stadt steht wie andere Kommunen und Landkreise vor großen Finanz-Problemen. Überall gibt es wegbrechende örtliche Steuereinnahmen und geringere Finanzausweisungen. Die Folgen: Haushalte sind nicht ausgeglichen, örtliche Gebühren, Beiträge und Steuern werden erhöht, im Sozial-Bereich wird massiv gestrichen.

Es gibt aber genug Geld. Hunderte Milliarden Euro deutsches Kapital „vagabundiert“ weltweit. Die großen Banken und Konzerne machen Superprofite. Steuerflucht und Korruption werden kaum eingedämmt.

Wir sagen: diese Probleme können wir nicht vor Ort lösen. Aber Anstöße müssen auch von den Kommunalpolitikern kommen.

Wir wollen, dass auch aus den Kommunen die Proteste gegen die „Finanznot“ stärker werden.

Wir fordern mit den Gewerkschaften:

Die Gewerbesteuer ausbauen, statt abschaffen.

Notwendig ist ein Rettungsfonds für die Kommunen und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

Notwendige Mittel müssen beschafft werden durch Beendigung der Aufrüstungsprogramme und weltweiter Militäreinsätze.

Eine wirkliche Steuer-Reform muss Mittel bei den Konzern-Profiten und Spitzen-Verdienern beschaffen.

Selbstverständlich werden wir auch auf der kommunalen Ebene Sparvorschläge aufgreifen - aber entscheidend bleibt: Die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden müssen auf eine solide gemeindefreundliche Grundlage gestellt werden.

## **Ausbildungsplätze schaffen**

Bekomme ich einen Ausbildungsplatz? Das ist immer noch die Hauptsorge vieler junger Menschen.

Eigentlich sollte jeder wissen: Arbeit ist ein Menschenrecht! Junge Leute müssen ausgebildet werden.

Mit den Gewerkschaften forderten wir: Wer nicht ausbildet, muss zahlen! Nach wie vor fehlen Ausbildungsplätze.

Für Ausbildungsplätze kann auch in der Kommune einiges getan werden. Wir wollen mehr Lehrstellen auch bei der Stadt!

Wir treten dafür ein, dass sich regionale Firmen und Unternehmen, die Städte und Gemeinden im Kreis Groß-Gerau, Gewerkschaften und Parteien an einen Tisch setzen, um mehr Ausbildungsplätze zu schaffen.

Wir fordern den Ausbau der Job- und Informationsbörse, wo sich örtliche Ausbildungsbetriebe vorstellen und Jugendliche über Ausbildungsplätze informieren können. Dazu gehört auch, daß die hiesigen Firmen und Unternehmen aufgefordert werden, ihre Ausbildungsplätze in den örtlichen Zeitungen ausschreiben, bis sie besetzt sind.

## **Für Nachtflugverbot kämpfen - gegen einen weiteren Ausbau des Flughafens**

Wir leben am Frankfurter Flughafen und sind nicht gegen den Flughafen. Aber wir sind und bleiben Gegner des ständig wachsenden Flughafenausbaus seit den Zeiten der Auseinandersetzung gegen die Startbahn/West.

Wir akzeptieren nicht, dass Ausbaubetreiber - wie z.B. bei „Stuttgart 21“ - immer „Recht“ bekommen sollen und sich der Flughafen wie ein Krebsgeschwür ausdehnt. Wir akzeptieren nicht, dass jeder „Landesfürst“ einen eigenen, möglichst großen Flughafen haben will. Dieser regionale Egoismus ist zurückzuweisen.

Jeder verantwortungsbewusste Kommunalpolitiker muß sich wehren, wenn immer mehr Flugbewegungen, immer mehr Lärm, immer mehr Gesundheitsgefährdungen den Menschen zugemutet werden.

Unbestreitbar ist, dass der Flughafen für Frankfurt und die gesamte Rhein-Main-Region eine große wirtschaftliche Bedeutung hat. Aber oft haben sich auch die Arbeitsplatzprognosen am Flughafen als unhaltbar erwiesen. Sie waren gestützt auf von der Fraport bestellte und bezahlte Gefälligkeitsgutachten. Wir wissen zudem, dass auf Rhein-Main-Flughafen, vor allem durch „Fremdfirmen“ immer mehr unzumutbare Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Wir fordern die Besteuerung von Kerosin. Des weiteren wollen wir attraktive und vor allem bezahlbare Bahnverbindungen in Deutschland und Europa, als Alternative zum Luftverkehr.

Wir unterstützen im Parlament und außerparlamentarisch den Widerstand gegen den weiteren Ausbau. Wir wollen neben den bestehenden Lärmmessstellen, entsprechende unabhängige kommunale Anlagen um den wachsenden Lärm besser kontrollieren zu können. Wir setzen uns dafür ein, dass „Lärm-sünder“ streng bestraft werden.

Wir wollen eine regelmäßige Überprüfung der Luft auf Schadstoffe, ein absolutes Nachtflugverbot, neue Schallschutzmaßnahmen. Der Bodenlärm muss gestoppt werden. Die Schäden, die der Flughafen dem Umland und seinen Menschen zufügt, müssen gemäß dem Verursacherprinzip berechnet und ausgeglichen werden.

Der Kampf gegen die ständige Verminderung der Lebensqualität durch den Flughafen muss Thema des Stadtparlaments bleiben.

Diese Position ist für unser Handeln Richtschnur.

## **Unser Grundsatz: Gesundheit ist keine Ware**

Die DKP hat sich in der Vergangenheit intensiv um die Niederlassung von Ärzten gekümmert (u.a. entstand so das Ärztehaus).

Heute erleben wir: Lärm und Luftverschmutzung belasten heute zunehmend die Gesundheit der Menschen in der Flughafenregion - wir wollen eine Untersuchung, die Zusammenhänge erforscht. Neue Erkenntnisse von Prof. Greiser und schweizer Wissenschaftlern belegen: „Wer unter ständigem Lärm lebt, stirbt früher!“

Das Thema muss Schwerpunkt werden. Eine wohnortnahe medizinische Versorgung, die unabhängig vom Einkommen ist, muß gesichert werden.

Dazu gehört: Die Stadt Mörfelden-Walldorf soll sich für die Niederlassung von Fachärzten einsetzen (z. B. Neurologen, Psychologen Kinderpsychologie).

Wir sind gegen Einsparungsmaßnahmen bei der Jugend- und Drogenberatung, die eigenständige Beratungsstelle in Mörfelden muss erhalten werden. Die „Mütterberatung“ des Kreisgesundheitsamtes soll für die Eltern von Kleinkindern auch in Zukunft regelmäßig vor Ort angeboten werden.

## **Entschieden für den Schutz unserer Umwelt eintreten**

*„Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias (gute Familienväter) den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.“ Karl Marx*

Wichtig bleibt die Erkenntnis: Vermeidung von Umwelt-Schäden muss Vorrang haben vor nachträglicher Beseitigung. Das Thema Umweltschutz muss für die Kommunalpolitik der Zukunft einen noch höheren Stellenwert erhalten. Dazu gibt es vielfältige große und kleine Möglichkeiten.

Wir fordern die Fortsetzung städtischer Kampagnen, die zum sparsamen Umgang mit Trinkwasser aufrufen und finanzielle Mittel für den Einbau wassersparender Einrichtungen. Die Unterstützung privater Regenwassernutzungsanlagen halten wir für sinnvoll. Wir sind für die verstärkte Förderung regenerativer Energiepotenziale in unserer Stadt. Wir halten eine kommunale Unterstützung beim Ausbau privater Solaranlagen für wichtig. Es muss Finanzierungsmodelle geben, die es jedem Hausbesitzer ermöglichen Solaranlagen zu installieren.

Wir treten für eine Kommunalisierung der Energieversorgung ein. Das Stromnetz gehört in öffentliche Hände. Verantwortung und -verteilung sollen Aufgabe der Stadtwerke werden.

Wir halten eine eigene Wasserversorgung nach wie vor für außerordentlich wichtig. Wasserwerke und Kläranlagen müssen weiter auf dem bestmöglichen Stand gehalten werden.

Wir wollen neue Initiativen zur Sanierung unserer heimischen Fließgewässer. Wir fordern regelmäßige Kontrolle durch Entnahme von Wasserproben verbunden mit öffentlicher Berichterstattung.

Wir fordern eine Kontrolle der landwirtschaftlichen Intensivwirtschaft in unserer Gemarkung. Wir wollen dafür die Anlage von Streuobstwiesen und die Pflege des alten Obstbaumbestandes. Dazu ist die Brachlandpflege zu organisieren.

Wir sind für ökologische Waldbearbeitung und halten den Einsatz von Großmaschinen für falsch. Wir sind für Artenvielfalt, gegen zu hohe Wildbestände. Die Erholungsfunktion des Waldes muss vor der wirtschaftlichen Nutzung kommen.

Rad- und Fußwege müssen in gutem Zustand gehalten werden.

Wir betrachten die Ausdehnung des Betonwerks am Oberwald mit großer Sorge. Wir brauchen keine neuen Auskiesungen im Wald und auf Wiesen. Wir sind für die Entsiegelung von öffentlichen Flächen.

## Die Stadt gehört den Bewohnern

Kommunalpolitiker müssen auch visionäre Gedanken ansprechen: Wie soll die Stadt in der Zukunft aussehen?

Der Wohnwert, die Lebensqualität muss erhalten werden. Das bedeutet, dass wir auch die Entwicklung des Umlandes beobachten müssen. Zu lange haben sich in unseren Gewerbe- und Industriegebieten vor allem Flächenverbraucher angesiedelt, während sich arbeitsplatzintensive Unternehmen kaum niedergelassen haben.

Wir wollen keine Ausweitung des Flughafens, keine Rodungen für Kiesgruben und ähnliche Vorhaben. Eine weitere Zersiedlung und Zubetonierung unserer Landschaft lehnen wir grundsätzlich ab. Das betrifft auch die immer wieder auftauchenden Versuche neue Baugebiete einzurichten.

Die innerstädtische Entwicklung muss absoluten Vorrang haben. Wir wollen lebendige Fußgängerzonen.

In Mörfelden wollen wir samstags die Sperrung der Bahnhofstraße während des Wochenmarktes.

Wir wollen die städtebauliche Aufwertung des Platzes hinter dem Kulturhaus in der Bahnhofstraße. Eine weitere Ausdehnung der Flächen für Industriegebiete ist nicht zu verantworten.

Weitere Groß- und Supermärkte im Industriegebiet und an der Peripherie der Stadt und zwischen den Stadtteilen sind entschieden abzulehnen. Verstärkte Bemühungen um Einkaufsmöglichkeiten in der Innenstadt sind notwendig. Einkaufsmöglichkeiten in Walldorf (östlich der Bahnlinie) müssen geschaffen werden.

Die Stadt muss offen bleiben für überschaubare und naturnahe Strukturen, für nachbarschaftliches Miteinander. Wir wollen möglichst viel kommunales Miteinander, wollen das Gegeneinander begrenzen. Eine „Verstädterung“ im negativen Sinn lehnen wir ab. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich mit ihrer Stadt identifizieren können.

## Kommunale Eigenständigkeit bewahren

Öffentliche Daseinsvorsorge in demokratischer Kontrolle ist notwendig. Wir weisen alle Versuche, die kommunale Eigenständigkeit anzutasten, entschieden zurück. Wir werden alles tun, dass erneute „Gebietsreform-Pläne“ verhindert werden. Nicht neue bürokratische Verwaltungsorgane sind notwendig, sondern Bürgernähe und überschaubare Verwaltungsabläufe.

Wir wollen eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und den Ausbau der öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen. Die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen lehnen wir ab.

Erziehung, Bildung, Gesundheitsversorgung, Altenpflege, öffentlicher Personennahverkehr, Energieversorgung, Wasserversorgung und -entsorgung sind öffentliche Aufgaben und müssen öffentliche Aufgaben bleiben. Diese Einrichtungen müssen den Menschen dienen und nicht Profitwünsche privater Kapitaleigner erfüllen. Privatisierungen haben gezeigt, dass sie die Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger reduzieren und zugleich die Arbeits- und Bezahlungsbedingungen der Beschäftigten verschlechtern.

Auch die zunehmende Beteiligung von privaten Investoren an öffentlichen Projekten (PPP) lehnen wir ab. Private Investoren wollen Gewinne für ihr eingesetztes Kapital erzielen. Langfristig kann das für die Kommunen nur teurer werden.

## Für attraktive Nahverkehrssysteme

Der öffentliche Personennahverkehr leidet nach wie vor unter einer Infrastrukturpolitik, die sich weitestgehend am Auto orientiert. Dadurch wird der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) noch immer nicht als attraktive Alternative zum Auto wahrgenommen.

Der Verkehr soll nicht nur betriebs- sondern auch volkswirtschaftlich bewertet werden. Die einseitig orientierte Kostenbetrachtung im ÖPNV führt dazu, dass auch künftig immer mehr Autos auf den Straßen unterwegs sein werden. Dies gefährdet bereits heute die Lebensqualität der Kommunen in erheblichem Maße.

Wir streben einen kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr an. Bereits jetzt dürfen aber die Fahrpreise die Fahrtkosten eines PKW auf keinen Fall übersteigen. Einer erneuten Fahrpreiserhöhung von DB/RMV erteilen wir eine Absage!

Wir begreifen Mobilität als ein Menschenrecht.

Auch Menschen, die über kein Auto verfügen - weil sie sich keines leisten oder sie nicht fahren können, weil sie zu jung, zu alt oder behindert sind -, sollen nicht auf Mobilität verzichten müssen.

Wir fordern attraktive öffentliche Nahverkehrssysteme. Notwendig sind alternative Bedienungsformen wie Anrufsammeltaxen, Mini- und Rufbusse, Mitfahrzentralen und Car-sharing.

Wir sind für eine Tarifgestaltung, die insgesamt deutlich unter dem bisherigen Niveau liegen muss und darüber hinaus Subventionen für einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger vorsieht. Nur so können z.B. auch Einzelfahrten zum Arbeitsplatz zurückgedrängt werden.

Fahrpreiserhöhung im RMV lehnen wir entschieden ab. Fahrpreise müssen Anreiz sein, das Auto stehen zu lassen.

Die Kahlschlagpolitik der Deutschen Bahn AG, die immer mehr Kommunen vom Bahnnetz abkoppelt, muss bekämpft werden.

Wir wollen, dass umweltfreundliche Verkehrsarten (Bus-, Rad- und Fußverkehr) gefördert werden. Wir fordern dies nicht nur aus ökologischen, sondern vor allem auch aus sozialen Gründen.

Fahrradfahren gewinnt an Bedeutung.

Wir fordern seit vielen Jahren im Stadtparlament eine fahrradfreundliche Stadt und haben mit konkreten Vorschlägen viel erreicht. Wenn Radfahren sicher und bequem ist, gibt es Chancen, den innerstädtischen Autoverkehr einzuschränken. Trotz vieler Verbesserungsmaßnahmen - der Straßenverkehr wird die Kommunalpolitik auch in unserer Stadt noch lange beschäftigen.

Möglichkeiten für den örtlichen Verkehr: Geeignete Verkehrsüberwachung, Warntafeln mit Geschwindigkeitsanzeigen. Gesicherte Fußgängerüberwege, Fahrradwege, Feinstaubmessungen, Lärminderungsmaßnahmen.

Wir wollen, dass alle Verkehrswege durch das Stadtgebiet vor allem danach untersucht werden, ob sie Kinder-, Fahrrad- und Behinderten- und Älterengerecht sind.

Wir wollen eine behindertengerechte Stadt, alle Straßenführungen und Übergänge müssen entsprechend untersucht werden.

Wir wollen jetzt endlich im gesamten Stadtgebiet die schnelle und unbürokratische Einführung von Tempo 30. Alle in diesem Zusammenhang vorgesehenen Um- und Rückbaumaßnahmen im Straßenraum müssen mit Anwohnern, Zulieferern und Hilfsdiensten abgestimmt werden.

Der Durchgangsverkehr muss raus aus der Stadt. Die Buslinien müssen ausgebaut werden, eine ständige Werbung für diese Buslinien ist erforderlich. Der Einsatz von Kleinbussen und Sammeltaxis muß erprobt werden.

## **Alles tun für sichere Radwege**

Fahrradfahren gewinnt immer mehr an Bedeutung. Wir kämpfen seit vielen Jahren im Stadtparlament und außerparlamentarisch erfolgreich für eine radfahrerfreundliche Stadt. Je sicherer und bequemer, gerade kürzere Strecken u. a. zum Einkaufen, mit dem Fahrrad erledigt werden können, um so größer sind die Chancen, den innerstädtischen Autoverkehr einzuschränken. Manches ist durch unser Wirken schon geschehen, aber viele Maßnahmen sind noch notwendig.

Weitere Radwege und rot markierte Radstreifen entlang unserer Ortsstraßen u.a. im Stadtzentrum, aber auch zu den Sportstätten, zum Schwimmbad und dem Badesee sind noch zu schaffen..

Innerstädtische Durchgangswege von ankommenden und weiterführenden überregionalen Radwegen müssen vervollständigt werden. Radwegeverbindungen nach Langen und Gräfenhausen/Darmstadt sind notwendig.

Einbahnstraßen in unserer Stadt sollten von Fahrradfahrern in Gegenrichtung befahrbar sein. Es fehlen noch Fahrradabstellplätze mit guten Fahrradständern an Geschäften und Einkaufsmärkten, Schulen sowie an all den Stellen die verstärkt mit dem Fahrrad angefahren werden.

Das Absenken von Bordsteinen an Stellen, die von Radfahrern stark befahren werden, ist noch zu vervollständigen.

## **Für eine fortschrittliche Frauenpolitik**

Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen gehört zu den Grundvoraussetzungen einer demokratischen Gesellschaft.

Trotz verfassungsrechtlich garantierter Gleichberechtigung ist die ungleiche Verteilung sozialer Chancen zwischen Frauen und Männern nicht aufgehoben.

Wir fordern Rahmenbedingungen, die Frauen in allen Lebensphasen eine unabhängige Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit bzw. soziale Leistungen ermöglichen. Grundsätzlich gilt: Gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit.

Frauen gehören zu den Verlierern in der „Arbeitswelt“. Sie werden unter Verweis auf verdienende Partner aus dem Bezug von ALG II und damit letztlich aus dem Arbeitsmarkt gedrängt. Sie können auch den Krankenversicherungsschutz verlieren, wenn sie mit dem Partner nicht verheiratet sind und die Bedingungen für eine Zulassung zu einer gesetzlichen Krankenversicherung nicht erfüllen. Dem muss auch in der Kommune entgegen gesteuert werden. Wir sind nicht der Meinung, dass die Hausfrauen an Heim und Herd die Scherben einer verfehlten Sozialpolitik aufkehren sollen. Wir sind nicht der Meinung, dass ihre beruflichen Ambitionen Schuld sind an der hohen Arbeitslosigkeit.

Wir streiten für familiengerechte Gestaltung der Städte und Gemeinden. Dazu gehören der Erhalt bestehender Frauenprojekte, die Schaffung flächendeckender Angebote der Ganztagskinderbetreuung, Grundschulen mit festen Öffnungszeiten sowie Ganztagschulen. Eine Stärkung der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten sowie eine entsprechende Sicherstellung der materiellen Grundlagen ihrer Arbeit ist für uns ein wichtiges Anliegen.

Wir unterstützen u.a. den örtlichen Frauentreff. Wir sind dafür, dieser aktiven Gruppe weiterhin geeignete städtische Räume für Beratungen, Treffen und Veranstaltungen in Eigenregie zur Verfügung zu stellen.

## Integration bleibt wichtig

Wie unterstützen die Einrichtung von konkreten Integrationsmaßnahmen. (Beispiel: SKV-Integrationsbeauftragte). Solche Initiativen sind notwendig und sollten von allen Seiten unterstützt werden.

Auch in anderen Vereinen, Kindergärten, Schulen und in unseren Alteneinrichtungen könnten solche Initiativen „Schule“ machen.

Wichtig dabei: alle Einrichtungen und Institutionen, die sich mit „Integration/Diversität“ befassen, sollten sich vernetzen, Erfahrungen und Ideen austauschen und wenn möglich, abgestimmte Konzepte verwirklichen.

Wir setzen auf Dialog und Vernetzung, mehr Kooperation der Fachleute und Initiativen.

Integration bedeutet, unser Zusammenleben zu gestalten. Wir wollen darüber reden, wie es in unserer Stadt heute aussieht und darüber, was es schon alles gibt. Wir brauchen für unsere Diskussion eine gemeinsame Basis.

Unser Konzept heißt: Wir müssen miteinander reden - offen, aber auch konzentriert und mit einem gemeinsamen Ziel.

Der Dialog der Interessierten sollte von städtischer Seite organisiert und begleitet werden.

## Bessere Chancen für alle Kinder

Wir wollen ein Kindergartengesetz, das die finanzielle Unterstützung durch Land und Bund gewährleistet.

Notwendig sind: Gebührenfreie Kindergartenplätze für alle Kinder; der uneingeschränkte Rechtsanspruch auf Betreuung und Bildung von Anfang an; mehr Ganztagsbetreuungsangebote für Kinder jeden Alters; bessere Startbedingungen für alle Kinder durch mehr Bildungsangebote schon im Kindergarten; Einsatz ausgebildeter Fachkräfte und intensivere Sprachförderung in KITA und Schule; soziale Integration der Kinder aus Einwandererfamilien.

Die Anrechnung des Kindergelds beim Anspruch auf ALG II und Sozialgeld muss abgeschafft werden. Kinderarmut ist eine Schande für dieses reiche Land.

Wir lehnen Abstriche bei der Personalbemessung und Gebührenerhöhungen in den städtischen KITAs ab.

Flexible Betreuungsangebote sollen erprobt und eingeführt werden.

Wir wollen den Nulltarif für Kindergärten - die Gebühren sollen zunächst festgeschrieben und in Jahresschritten gesenkt werden.

Essen in den KITAs soll auch zukünftig in eigenen Küchen frisch zubereitet werden.

Spielplätze müssen Kindern und Eltern Spaß machen - sie sind zu erhalten und müssen auch

weiterhin regelmäßig überprüft werden. Auf die Einhaltung hoher Sicherheits- und Hygienestandards ist zu achten.

Aus gesamtgesellschaftlicher Verantwortung werden wir weiterhin Plänen zur Personalreduzierung bei städtischen Einrichtungen und Gebührenerhöhungen entgegentreten.

Wir sind für die Reduzierung der Gruppenstärke in Kindertagesstätten, halten die Verpflegung in KITAs durch eine eigene Küche für wichtig.

Spielplätze müssen besser gewartet, neue Spielplätze gebaut werden. Sie müssen gut eingerichtet und einen hohen hygienischen Stand haben.

## Keine Bundeswehrwerbung in der „Bertha“

Alle Welt redet darüber, wie wichtig Bildung für die Herstellung von Chancengleichheit ist und welchen Stellenwert Bildung für die zukünftige Entwicklung unserer Gesellschaft einnimmt. Wer das ernst meint, muss die richtigen Weichenstellungen vornehmen: längeres gemeinsames und integriertes Lernen von deutschen und nicht deutschen, mehr Angebote der Ganztagsbetreuung, Stärkung der vorschulischen Bildung und der Weiterbildung, individuelle Förderung innerhalb des gemeinsamen Klassenverbands statt einer Auslese.

Die Kommunen haben geringen Einfluss auf Bildungskonzepte. Aber sie müssen die Infrastruktur für deren Umsetzung vorhalten. Dafür brauchen sie Geld. Wer hier den Rotstift ansetzt, sollte von PISA lieber schweigen.

Die Schülerbeförderung zur Bertha-von-Suttner-Schule muss weiter bedarfsgerecht und kostenfrei angeboten werden.

Die Grundschulen sollten wieder in die Trägerschaft der Stadt übergehen.

Vor allem Turnhallen gehören zu jeder Schule. Für Schulturnhallen müssen ausreichend Hausmeister zur Verfügung stehen.

Die „betreuenden Grundschulen“ müssen ausgebaut und überall eingeführt werden. Integrationsklassen an allen Schulen sind zu fördern.

Die „Bertha-von-Suttner“-Schule mit ihrer gymnasialen Oberstufe hat eine große Bedeutung für unsere Stadt. Ihr gehört jegliche Unterstützung. Land und Kreis müssen hier ständig in die Pflicht genommen werden. Wir sind entschieden gegen Werbe-Auftritte der Bundeswehr an der Bertha-von-Suttner-Schule.

## Vereine werden immer wichtiger

Es bleibt dabei: Wer in den Sport investiert, investiert Geld für die Gesundheit und die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen. Auch für Erwachsene gewinnt der Sport aus gesundheitlichen Gründen immer mehr an Bedeutung.

Außerdem, wer Integration von Zugewanderten fordert, muss die Vereine fördern. Wir wenden uns entschieden gegen alle Versuche, hier sparen zu wollen.

Ohne die ehrenamtliche Tätigkeit vieler Menschen in unserer Stadt wäre die Existenz kommunaler Selbstverwaltung und Demokratie nicht denkbar. Wir treten deshalb für eine nachhaltige Förderung der örtlichen Vereine, Verbände und Organisationen ein.

Zur Anerkennung ehrenamtlichen Engagements wollen wir die Einführung einer Ehrenamtskarte, die zur kostenlosen Nutzung öffentlicher Einrichtungen und städtischer Kulturveranstaltungen berechtigt.

Die Vereinsbezuschussungsrichtlinien dürfen nicht angetastet werden.

Wir wollen, dass der Bedarf an Sportstätten jährlich geprüft wird. Wir fordern ausreichende Mittel für den Erhalt und den Ausbau bestehender Einrichtungen. Hierzu gehört auch die Anlage neuer Sportstätten - als erste Maßnahme den Bau eines Hartplatzes - an der Gesamtschule und Spielmöglichkeiten für Basketball und Volleyball.

Der Sportstättenentwicklungsplan soll sich nicht an der „kommunalen Finanznot“, sondern an den Bedürfnissen der Sporttreibenden orientieren.

## Das städtische Kulturangebot verbessern

Wir sind dafür, den allgemeinen Zugang zu allen kulturellen Einrichtungen zu gewährleisten, aktive Freizeitgestaltung auch ohne dicke Brieftasche zu ermöglichen und die kulturelle Vielfalt in unserem Land zu bewahren und auszubauen.

Das heißt auch, nichtkommerzielle Kultur zu fördern. Hier gibt es bereits Initiativen, an die angeknüpft werden kann. Nichtkommerzielle Kulturträger brauchen Planungssicherheit.

Zuwendungs- und Rahmenverträge müssen deshalb mit mehrjähriger Gültigkeit abgeschlossen werden.

Wir fordern neue Initiativen für ein attraktives städtisches Kulturprogramm und ausreichende Mittel zur Unterstützung kultureller Arbeit. Finanzielle Kürzungen lehnen wir ab. Es ist darauf zu achten, dass in beiden Stadtteilen gleichwertige Angebote entwickelt werden.

Im Gewölbekeller im „Goldenen Apfel“ könnte, vor allem in den Wintermonaten, ein ständiges Programm angeboten werden.

Örtliche Vereine, Initiativen und Künstler sollten in das städtische Kulturangebot mehr einbezogen werden.

Die Integration ausländischer Bürgerinnen und Bürger muss stärker werden.

Der „Kultursommer“, die „Kommunale Galerie“, der „Skulpturenpark“ und andere kulturelle Angebote haben unsere Unterstützung.

Der „KulturBahnhof“ in Mörfelden hat sich in kurzer Zeit zu einem wichtigen Treffpunkt entwickelt. Das dortige Kulturangebot ist bemerkenswert vielfältig. Dem „KuBa“ gehört unsere volle Unterstützung - diese Haltung erwarten wir auch von der Stadt.

## Mehr für ältere Mitbürger tun

Die Würde des Menschen ist unantastbar - auch im Alter. Wir stellen fest: Auch bei den älteren Generationen wird die Spaltung in Arm und Reich größer. Deshalb haben Fragen nach der Verteilungsgerechtigkeit und der Beseitigung sozialer Schieflagen sowie die Suche nach neuen Lösungen für uns einen hohen Stellenwert.

Wir wollen, dass die Lebensleistung der älteren Generationen respektiert wird, jegliche Diskriminierungen aus Altersgründen unterbleiben, die Fähigkeiten, Kompetenzen und das Gestaltungspotenzial der älteren Bürgerinnen und Bürger gefördert und genutzt werden.

Wir wollen, dass ältere Menschen mit Behinderungen gezielt durch Kompetenz erhaltende und Kompetenz steigernde Maßnahmen gefördert werden. Die Menschen dürfen im Alter nicht zum Sozialfall werden.

Wir wollen ein Altenhilfezentrum mit bezahlbaren Pflegesätzen. Wir haben darauf zu achten, daß ältere Bürgerinnen und Bürger nicht in Vergessenheit geraten. Dazu gehört vor allem, dass keine Mittelkürzungen für Betreuungsangebote stattfinden.

Das Miteinander von Jung und Alt ist zu fördern.

Wir wollen die Prüfung, ob öffentliche Verkehrswege (Ampeltakte, Rad- und Fußwege, Geländer, Randsteine, Stufen etc.) den Bedürfnissen älterer Menschen entsprechen. Eine humane Stadt ist auch eine rollstuhlgerechte Stadt.

Wir halten eine Aktion „Jugend hilft“ für sinnvoll. Hier könnten Wege gefunden werden, um Einkäufe u.ä. zu organisieren.

## Das neue Jugendzentrum unterstützen

Die Jugendarbeit soll in unserer Stadt einen höheren Stellenwert einnehmen und braucht mehr Unterstützung. Jugendliche und junge Erwachsene, die nicht in Vereinen organisiert sind und dies auch nicht immer wollen, haben in Mörfelden-Walldorf kaum Möglichkeiten ihre Freizeit sinnvoll zu gestalten.

ten. In unserer Stadt gibt es eine „Landflucht der Jugend“. Sie bevorzugen Städte wie Frankfurt, Groß-Gerau, Mainz oder Darmstadt, weil vor Ort „junge Kultur“ unterentwickelt ist.

Wir wollen bessere Bedingungen für die Jugendarbeit in Mörfelden-Walldorf (mehr Mittel für Jugendzentren, Honorarkräfte, neue Formen offener Jugendarbeit, Arbeitsmaterial). Wir halten den Bau des neuen Jugendzentrums als einen wichtigen Meilenstein für die Jugendarbeit.

Die Jugendzentren haben eine große Verantwortung bei der Verhinderung rechtsradikaler Entwicklungen. Begonnene Aktivitäten zur Unterstützung bei der Lehrstellensuche sollten ausgebaut werden.

Jugendpolitik heißt aber auch unmittelbare Beteiligung der Jugend an der Kommunalpolitik. Wir wollen, dass das Kinder- und Jugendforum ein Antrags- und Rederecht im Stadtparlament bekommt.

## **Alles tun für ein „Gläsernes Rathaus“**

Die Kommunen sind die demokratische Basis der Gesellschaft. Wir halten eine Schwächung der demokratischen Selbstverwaltung durch rein betriebswirtschaftlich orientierte städtische „Firmen“ für falsch.

Wir lehnen die Privatisierung städtischer Leistungsangebote ab, weil sie kein Ausweg aus der finanziellen Misere der Kommunen sind.

Wir unterstützen alle Maßnahmen, die Rathauspolitik durchschaubarer machen; das betrifft auch die Arbeit des Magistrates.

Bürgerversammlungen müssen weiter stattfinden. Über einen interessanteren Ablauf und eine bessere Werbung muss nachgedacht werden.

Mit der monatlichen Herausgabe unserer Stadtzeitung „blickpunkt“ werden wir weiter dazu beitragen, dass man draußen sieht, was drinnen vorgeht.

## **Wohnen ist ein Grundrecht**

Wohnen ist ein Grundrecht. Eine Stadt muss sich daran messen lassen, ob genügend bezahlbarer Wohnraum für die Bürgerinnen und Bürger vorhanden ist. Seit Jahren aber wird aus „Finanzmangel“ nicht mehr in den sozialen Wohnungsbau investiert.

Wir sind gegen Mieterhöhungen bei allen Sozialwohnungen, insbesondere auch in gemeindeeigenen Wohnungen.

Wir wollen eine stärkere Mitbestimmung der Stadt bei Wohnungsbaugesellschaften, die erhebliche Geldmittel von der Stadt erhalten. Darüber hinaus ist immer wieder zu prüfen, ob die Stadt nicht selbst wieder im sozialen Wohnungsbau aktiv werden kann.

Wir wollen Hilfen vor allem für junge Familien, die Wohnungen suchen, Wohnungen erwerben wollen oder an Eigenheimbau denken.

## **Müll ist Wertstoff - entsprechend handeln**

Müllkonzepte müssen die Müllvermeidung in den Vordergrund stellen.

Leider gehen die Bundesgesetze nicht weit genug. Die Bürger bezahlen heute zweimal: Erstens über höhere Preise durch den grünen Punkt und zweitens über höhere Müllentsorgungsgebühren. Gewerbebetriebe dürfen sich nicht aus der kommunalen Abfallwirtschaft ausschließen. „Mülltourismus“ über größere Entfernungen muß verhindert werden.

Neue Konzeptionen der „Müllbeseitigung“ müssen vernünftig sein und nicht nur dazu angetan sein, die Bevölkerung abzukassieren.

Die Standards der Abfallkonzeption unserer Stadt sollen nicht herabgesetzt werden. Die Organisation in einem Abfallwirtschaftsverband Groß-Gerau muss die Transparenz von Strukturen und Gebühren sicher stellen. Die Mitsprache der Kommune muss gewährleistet sein.

Langfristig sollte die Müllabfuhr wieder in die Hand der Kommune. Deshalb setzen wir uns für eine Rekommunalisierung der Abfallbeseitigung/ Müllabfuhr ein.

Wir unterstützen den Erhalt und den Ausbau des Recyclinghofes in unserer Stadt.

Vorgesehene Gebührenerhöhungen lehnen wir ab.

## **Gemeinsam gegen Rechts**

Aktuelle Debatten zeigen: Rechtes und rechtsextremes Gedankengut ist in der Mitte unserer Gesellschaft fest verankert.

Antisemitismus, antimuslimische Hetze und alle anderen Formen des Rassismus richten sich gegen ein menschliches Zusammenleben aller. Wir wenden uns gegen alle Kräfte, die ethnische oder religiöse Minderheiten zu Sündenböcken für eine verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik machen.

Einer Diskriminierung dieser Minderheiten auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungssystem und durch Behörden treten wir entschieden entgegen.

Wo faschistische Organisationen auftreten, verteidigen wir - auch in lokalen überparteilichen Bündnissen - den öffentlichen Raum gegen ihre Bestrebungen. Wir setzen auf antifaschistische Aufklärungsarbeit. Vereine, Kultur- und Jugendinitiativen, die auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen orientieren, müssen kommunal gefördert werden.

In unserer Stadt gibt es gute Beispiele des Erinnerens an die Verbrechen des Faschismus. Daran hat die DKP/LL außerparlamentarisch und parlamentarisch einen großen Anteil geleistet. Ohne diese Arbeit gäbe es in unserer Stadt keine Gedenkstätten, die heute eine große Rolle spielen.

Auch die Initiative „Stolpersteine“, die an die ermordeten Juden aus unserer Stadt erinnern soll, ist durch einen Antrag DKP/OL zustande gekommen. Gemeinsam wurde in Mörfelden und Walldorf im Jahre 2008 ein NPD-Auftritt in der Stadt verhindert.

Wir werden auf lokaler Ebene diesen Weg weiter beschreiten und gehen dabei Bündnisse mit gleichgesinnten Organisationen oder Personengruppen ein.

Allen Formen von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ist auch in der Kommune entgegenzutreten. Besonders muss neonazistischer Ausländerhetze durch vielfältige Aktivitäten (strafrechtliche Verfolgung, politische Resolutionen, Veranstaltungen, Feste und Kulturarbeit) begegnet werden.

Wir fordern von der Stadt: Keine Vermietung von Räumlichkeiten für antidemokratische, reaktionäre Gruppen und Organisationen.

Wir wollen, dass neben den ermordeten und vertriebenen jüdischen Bürgerinnen und Bürgern, auch der politisch verfolgten Antifaschisten gedacht wird. Eine schon angesprochene Ausstellung im Heimatmuseum und eine Gedenkbroschüre werden wir unterstützen.

Wir wollen, dass den in Hadamar im Rahmen der faschistische Euthanasie ermordeten Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, in würdiger Form (Stele oder Tafel) gedacht wird.

## **Friedenspolitik von unten**

Die Bundeswehr wird zu einer Interventionsarmee aus Freiwilligen umgerüstet. Das bedeutet, es wird zunehmend auf vielen Ebenen aktive Bundeswehr-Werbung organisiert. Wir wenden uns gegen jede Militarisierung des Lebens in der Kommune. Bundeswehrfeldwebel und bunte Kriegswerbung haben bei der Arbeitsberatung in Schulen und Jobcentern nichts zu suchen.

Die Bundeswehr steht mittlerweile in zahlreichen Ländern von Ex-Jugoslawien über Ostafrika bis Afghanistan. Es ist zu befürchten, dass diese Linie verstärkt fortgeführt wird. Das kostet Milliarden; die auch den Kommunen fehlen.

„Ohne Frieden ist alles nichts!“ Die Stadt muß friedenspolitische Initiativen fördern und entwickeln. Wir wollen, dass dazu auch die Städtepartnerschaften mit Vitrolles, Torre Pelice und Wageningen genutzt werden.

Unsere Stadt wurde auf Initiative der DKP zur ersten „Atomwaffenfreie Zone“ Deutschlands erklärt. Dies ist für uns heute noch Verpflichtung für aktive kommunale Friedenspolitik.

Wir setzen uns dafür ein, dass sich „Diplomatie von unten“ entwickeln kann. Projekte, die internationale Begegnungen auf kommunaler Ebene fördern und die gerade in Krisengebieten das friedliche Zusammenleben der Menschen unterstützen, müssen hohe Priorität erhalten.

Die Mittel für solidarische Hilfe in Entwicklungs- und Krisengebieten müssen weiter bereitgestellt werden.

Wir sehen uns als Teil der Friedensbewegung und sind gegen militärische Rüstung und internationale Kriegseinsätze.

Wir befürworten Städtepartnerschaften und wollen sie dazu nutzen, die internationale Zusammenarbeit von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Vereinen und Kultureinrichtungen zu stärken. Wir setzen uns ein für eine solidarische Kooperation der Kommunen auf europäischer und internationaler Ebene in den Bereichen Entwicklungspolitik, gerechte Weltwirtschaft, Arbeitswelt, Umwelt und präventiver Friedenspolitik.

## **Macht mit**

Ob Friedens- oder Umweltpolitik, Beschäftigungspolitik, Bildungschancen oder Gesundheitsversorgung: Veränderungen fangen vor Ort an und wirken sich vor Ort aus.

Wir fordern die Bürgerinnen und Bürger in Mörfelden und Walldorf auf, sich für ihre Belange einzumischen und für notwendige Veränderungen stark zu machen. Wir ermuntern diejenigen, die nicht länger einfach alles geschehen lassen wollen, sich aktiv für eine bessere Zukunft stark zu machen und mit uns gemeinsam für eine soziale, offene und demokratische Kommunalpolitik zu streiten.

Die Bewegungen in Stuttgart und Gorbien zeigen, es gibt immer mehr Menschen, die sich nicht mehr alles gefallen lassen. Wenn es bei uns kein Nachtflugverbot geben soll und der Fluglärm ständig zunimmt wird es Zeit sich in neue Bewegungen aktiv zu beteiligen.

Wir jedenfalls stehen immer an der Seite der Menschen die sich selbst organisieren.

Wir bleiben weiter aktiv: Linke Opposition bleibt wichtig!

## „Vom Sozialpass bis zur Wassergass“

Wir kümmern uns um die „kleinen“ Dinge und verweisen auf die Zusammenhänge zur „großen“ Politik. Wir haben einen Sozialpass für bedürftige Menschen durchgesetzt und helfen betroffenen Bürgern, wenn Hochwasser in ihre Keller läuft.

Wir haben uns immer um „unsere Stadt“ und um ihre Geschichte gekümmert. Es gibt zahlreiche Bücher und Broschüren, die wir zum Thema veröffentlicht haben. In unserer Stadtzeitung „blickpunkt“ wird das Thema regelmäßige aufgegriffen (Beispiele sind auf unserer Webseite [www.dkp-mw.de](http://www.dkp-mw.de) einzusehen.)

Die Stadt gehört den Menschen, die hier wohnen und arbeiten. Wir wollen, dass die Verbundenheit mit ihr zunimmt. Dazu gehört das Kennenlernen der Geschichte, die Förderung der Vereine, der Heimatmuseen. Was wäre unsere Stadt ohne „linke Politik und Kultur“? Es gäbe kein Volkshaus, kein Naturfreundehaus und viele Vereine hätten sich nicht so erfolgreich entwickelt. In der Satzung von Mörfelden hieß es früher im § 8: „Die Stadtfarbe ist rot“. Diesen Arbeitertraditionen fühlen wir uns auch heute noch verpflichtet.

Wir überlegen natürlich auch - „Wie kann die Stadt in 10 Jahren aussehen?“ Wie sieht das Umland aus? Frisst uns der Flughafen langsam auf? Betonieren wir alles zu? Es sind immer positive und negative Entwicklungen denkbar.

Wir gehen nicht in die kommunalen Parlamente, um dort ein möglichst reibungsloses Funktionieren des kapitalistischen Systems zu fördern. Unsere Politik richtet sich ausschließlich nach den Bedürfnissen der Bevölkerung. Gleiche Chancen der Persönlichkeitsentfaltung, der gesellschaftlichen Teilhabe und der aktiven Teilnahme am politischen Geschehen werden wir weiterhin mit Nachdruck verfolgen. Bürgerinitiativen und vor Ort tätige soziale Bewegungen sehen wir dabei als unsere Partner an.

## Verantwortung und kommunalpolitische Kompetenz

In Mörfelden-Walldorf ist die DKP seit Jahrzehnten im Parlament und im Magistrat vertreten. Schon immer waren Parteilose, jetzt Mitglieder der Linkspartei auf der kommunalen Liste.

Jeder, der unsere Arbeit beurteilen kann, weiß: Wir gehen verantwortungsvoll und kompetent an die Aufgaben in unserer Stadt heran.

Unsere Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung wird begleitet durch unsere Stadtzeitung „blickpunkt“, die monatlich in einer Auflage von 14.500 Exemplaren erscheint. Diese Zeitung hilft, „dass man draußen sieht, was drinnen vorgeht“! Wären wir nicht im Parlament, dann gäbe es auch diese Zeitung nicht, denn alle unsere Mandatsträger garantieren mit der Spende ihrer Sitzungsgelder die Herausgabe. Keine andere Partei in unserer Stadt schafft eine solche Öffentlichkeitsarbeit. Deshalb: damit der „blickpunkt“ weiter erscheinen kann, muss eine starke Fraktion der DKP / Linke Liste ins Parlament. Linke Opposition bleibt notwendig!

# Initiativen, Anträge und Anfragen der letzten Legislaturperiode

Die DKP / Linke Liste war auch in dieser Legislaturperiode die Fraktion die die meisten Initiativen einbrachte. So stellten wir vom März 2006 bis Oktober 2010 163 Anträge und Anfragen. Das liegt weit über den Initiativen der anderen Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung.  
Das belegt einmal mehr: Man muss dranbleiben! ...und wir bleiben dran, wenn wir wieder erfolgreich ins Stadtparlament einziehen.  
Linke Opposition wird immer notwendiger!

## Themen unserer Parlamentsinitiativen waren u.a.:

### Flughafenausbau

Zum Thema Flughafenausbau gab es in der Legislaturperiode viele DKP/LL-Initiativen. Wir beantragten Resolutionen und setzten durch, dass der Wissenschaftler Prof. Dr. Eberhard Greiser eingeladen wurde. Zum zweiten Mal erreichten wir, dass ein Protesttransparent für den Mörfelder Wasserturm beschlossen wurde.

### Soziales

Auf unsere Initiative wurde der „Sozialpass“ beschlossen. Mit einigen Anfragen mussten wir nachdrücklich die Realisierung anmahnen. Wir fragten u.a. kritisch nach 1-Euro-Jobs bei div. Einrichtungen, verlangten einen Sozialbericht und einen barrierefreien Zugang zum „Goldenen Apfel“.

### Radwege

Das Thema Radwege wurde auch in dieser Legislaturperiode von uns mit zahlreichen Eingaben begleitet. Dazu gehörten u.a. die Forderungen nach Randsteinabsenkungen.

### Hochwasser Wassergasse

Wir beantragten den Generalentwässerungsplan zu beschleunigen, informierten uns bei verschiedenen Terminen vor Ort.

### Geschichtsarbeit

Wir beantragten Gedenktafeln für Euthanasieopfer, und Gedenktafeln für politische Verfolgte im Faschismus. Wir fragten nach Zwangsarbeiten in der NS-Zeit.

### Sport

Mehrmals verlangten wir Sporthallen. Es entstand das Sportzentrum der SKV.

### Müllentsorgung

Die Senkung der Müllgebühren wurde von uns gefordert.

### Verkehr

Es gab unsere Forderungen nach Tempo 30, Lkw-Nachfahrverbot und Verkehrsberuhigungsmaßnahmen.

### Kultur

Das Städtische Kulturprogramm soll attraktiver werden. Es gab zahlreiche DKP/LL-Initiativen.

### Supermarkt Walldorf

Der vorgesehene Lebensmittelmarkt in Walldorf Süd wird abgelehnt.

### Diverses

Wir kümmerten uns um die Beleuchtung in der Bahnhofs-Unterführung, und um eine Spielstraße Seegasse, um die des Erweiterung des Kalksandsteinwerks um wuchernde Brombeerhecken und vieles andere mehr. Bei den 163 Initiativen der DKP/LL-Fraktion findet man die Unterstützung der KITAS ebenso wie Fragen nach der Musikschule. Wir fragten nach Sozialwohnungen und den leerstehenden Gewerberäumen.

Alle unsere Anträge und Anfragen findet man auch im „Informationssystem der parlamentarischen Gremien der Stadt Mörfelden Walldorf.“

Wer genau wissen will, wie die Stadtverordnetenfraktion der DKP/LL arbeitet, kann hier nachsehen.

Er wird zu dem Schluß kommen: „Linke Kommunalpolitik ist und bleibt wichtig!“

**Linke Opposition bleibt notwendig**